

## ZUR EINFÜHRUNG

Bislang ist die ZEITSCHRIFT FÜR JAPANISCHES RECHT / JOURNAL OF JAPANESE LAW von der *Deutsch-Japanischen Juristenvereinigung* „in Zusammenarbeit“ mit dem Hamburger *Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht* herausgegeben worden. Da die editorische Arbeit an der Zeitschrift seit langem fast vollständig am Institut – und mit Mitteln des Instituts, über die Rechnung zu legen ist – geleistet wird, haben sich der Vorstand der DJJV, die Schriftleitung und die Direktoren des MPI darauf verständigt, dieser Tatsache künftig dadurch verstärkt Rechnung zu tragen, daß das MPI beginnend mit der vorliegenden Ausgabe der Zeitschrift, dem ersten Heft des 9. Jahrganges (2004), nun auch nach außen als „Mitherausgeber“ auftritt. Entsprechend war die Umschlagsgestaltung abzuändern. Wir haben die Neugestaltung zugleich zum Anlaß genommen, das optische Profil der Zeitschrift durch die Herausstellung der Namensabkürzung „ZJapanR / J.Japan.L.“ auf dem Umschlag zu schärfen. Dies entspricht dem nationalen wie internationalen Usus juristischer Fachzeitschriften.

Auch in dieser Ausgabe findet sich wieder die bewährte Mischung aus grundlagen- und praxisorientierten Beiträgen. Den Anfang bilden die japanischen Referate von *Misao Tatsuta*, *Kenjiro Egashira*, *Hideki Kanda* und *Takeshi Yoshii* zu dem im November 2003 an der *Dôshisha Universität* in Kyoto ausgerichteten rechtsvergleichenden Symposium zu aktuellen Fragen der *Corporate Governance* in Japan und Europa. Neben grundsätzlichen Überlegungen zu Struktur und Entwicklung der Unternehmensführung und –kontrolle diskutieren die Autoren insbesondere Pflichten und Haftung von Managern sowie die Rolle der Prüfer in japanischen Publikumsgesellschaften. Gesetzgebung und Rechtsprechung in diesen Bereichen sind derzeit in Japan einer ähnlich lebhaften Entwicklung unterworfen wie in Deutschland.

Die ABHANDLUNGEN beginnen mit einem besonders praxisrelevanten rechtsvergleichenden Beitrag aus der Feder von *Jürgen Zierke* und *Jan Schneemann* zu den Arbeitnehmerschutzrechten bei Unternehmenskäufen. Sodann berichten *Yoko Hashimoto* über neue Beschäftigungsformen und aktuelle Entwicklungen im japanischen Arbeitsrecht und *Hideaki Kawasaki* über die Reform des Straf- und Jugendstrafverfahrensrechts. In einer französischen Abhandlung beleuchtet *Shusuke Kakiuchi* das Verhältnis von Mediation und Vertragsrecht. Im Anschluß setzt sich *Ursula Shibumi Eisele* mit der Frage nach der Konzerneigenschaft von *keiretsu* auseinander, und *Frank Siegfanz* diskutiert die Behandlung von Patentlizenzverträgen im japanischen Antimonopolgesetz. Der Abschnitt schließt mit einer äußerst praxisrelevanten Abhandlung von *Thorsten Maiwald* und *Ulrich Ott* zum deutschen Ausländerrecht für japanische Staatsangehörige und den Möglichkeiten einer Erwerbstätigkeit von Japanern in Deutschland.

Zwei überaus spannende persönliche Berichte verdienen besondere Beachtung. *Richard W. Rabinowitz*, der im Jahr 1953 als junger Rechtsanwalt aus den USA nach Japan ging, schildert, wie es dazu kam, seine ersten Jahre in dem Land und seine Berufstätigkeit in Tokyo, die sich schließlich über ein halbes Jahrhundert erstrecken sollte – aus seinen Erinnerungen ist ein faszinierendes Zeitdokument geworden. Ähnliches gilt für den Vortrag von *Peter Rodatz*, der zehn Jahre nach *Rabinowitz* als junger deutscher Rechtsanwalt nach Japan ging und dann vierzig Jahre lang in Tokyo tätig war.

Unter der Rubrik AKTUELLE RECHTSENTWICKLUNG berichten *Peter Schimmann* und *Markus Janssen* im Anschluß an ihren Bericht in Heft 15 (2003) über die Gesetzgebungstätigkeit des japanischen Parlaments von der 156. bis zur 159. Sitzungsperiode. *Leon Wolff* stellt das neue Gesetz zum Schutz von Informanten vor. *Yuko Nishitani* präsentiert im Abschnitt NEUES ZUM IPR UND IZVR eine Untersuchung der Haager Konferenz zur Praxis des Haager Zustellungsübereinkommens im Rechtsverkehr mit Japan.

Gleich drei Beiträge befassen sich mit neuer RECHTSPRECHUNG. *Hiroshi Oda* berichtet über eine aktuelle Entscheidung des OGH zu Auskunftsrechten der Aktionäre. Anschließend analysieren *Eiji Takahashi* und *Tatsuya Sakamoto* wichtige gesellschaftsrechtliche Entscheidungen aus den Jahren 2002/2003. Sodann gibt *Dirk Schüssler-Langeheine* einen Überblick über zivilrechtliche Entscheidungen des japanischen Obersten Gerichtshofs aus dem Jahr 2002, der an seinen Bericht über das Jahr 2001 in Heft 15 (2003) anknüpft.

Eine Reihe von REZENSIONEN stellt fünf wichtige Neuerscheinungen zum japanischen Recht vor, und schließlich ergänzen zwei Berichte über Vortragsveranstaltungen der DJJV das Heft. Es schließt mit einigen institutionellen Hinweisen, den üblichen organisatorischen Informationen sowie Buch- und Stellenanzeigen.

*Harald Baum*